



# Plenartagung

## Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 12. bis 15. Dezember 2011

### Abgeordnete bewerten EU-Gipfel und polnische Ratspräsidentschaft..... 4

Das Europäische Parlament wird sich in einer Plenardebatte am Dienstag mit dem vom 8. bis 9. Dezember tagenden EU-Gipfel, dessen Schwerpunkt mögliche Lösungen der EU und der Mitgliedstaaten zur Krisenbewältigung ist, beschäftigen. In der Aussprache am Mittwoch soll ein Fazit der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft Polens, die Ende 2011 abläuft, gezogen werden.

### Sacharow-Preis 2011 wird Mittwoch an Aktivisten des Arabischen Frühlings vergeben..... 5

Präsident Jerzy Buzek wird den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2011 an fünf Aktivisten des Arabischen Frühlings für ihren Beitrag zu den historischen Veränderungen in der arabischen Welt verleihen. Die Zeremonie findet am Mittwochmittag, 14. Dezember, im Plenum statt.

### EU-weiter Schutz für Opfer von Gewalttaten..... 6

Gewaltopfer, die in einem EU-Mitgliedstaat vor ihren Tätern geschützt werden, könnten die gleichen Schutzmaßnahmen auch dann in Anspruch nehmen, wenn sie in einen anderen EU-Staat reisen. Das Parlament stimmt über die neuen Regeln, auf die sich die Parlamentsdelegation bereits mit nationalen Regierungen geeinigt wurde, am Dienstag ab. Demnach wären Opfer auch in anderen EU-Staaten vor geschlechterbezogener Gewalt, Belästigung, Entführung, Stalking oder versuchtem Mord geschützt.

### Bürger aus Drittstaaten: klare Rechte und kombinierte Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung..... 7

Bürger aus Drittstaaten, die legal in der EU arbeiten, sollen in Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Sozialversicherung und öffentliche Dienstleistungen vergleichbare Rechte wie EU-Bürger genießen. Dies sieht die neue Gesetzgebung über kombinierte Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen vor, auf die sich Parlament und Rat bereits geeinigt haben und die der Vollversammlung am Dienstag zur Abstimmung vorgelegt wird.

### Schriftliche "Erklärung der Rechte", um faire Strafverfahren in der EU sicherzustellen..... 8

Verdächtige oder Angeklagte in einem Strafverfahren in der EU sollten umgehend und in leicht verständlicher Sprache über ihre Verfahrensrechte informiert werden. Laut Gesetzesentwurf, über den am Donnerstag abgestimmt wird, müsse jede verdächtige Person, die verhaftet oder festgehalten wird, eine schriftliche "Erklärung der Rechte" erhalten.

### Präsident Buzek zieht Bilanz seiner Amtszeit..... 9

Jerzy Buzek wird am Donnerstag in einer Plenarrede Bilanz seiner zweieinhalbjährigen Präsidentschaft des Europäischen Parlaments ziehen. Buzeks Amtszeit endet am 17. Januar 2012, wenn das Parlament den neuen Präsidenten wählt.

### Debatte mit Ashton: Sicherheitspolitik, Menschenrechte, Syrien und EU-Rusland-Gipfel..... 10

Die Abgeordneten werden am Dienstagnachmittag über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor und auf die Entwicklungen im Bereich Menschenrechte mit der EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton diskutieren. Die Debatte beginnt um 15 Uhr.



# Plenartagung

<b>Dreizehn neue Abgeordnete für das EU-Parlament</b> .....	11
<p>Am Montag wird Präsident Jerzy Buzek die Ankunft von 13 neuen Abgeordneten aus Österreich, Italien, Malta, Spanien, Schweden, Bulgarien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich mitteilen. Nach einer Entscheidung des Europäischen Rates von Juni 2010 wird das Parlament um insgesamt 18 neue EU-Abgeordnete erweitert. Die verbleibenden fünf werden aufgenommen, sobald die nationalen Regierungen dem Parlament die Namen mitgeteilt haben.</p>	
<b>Eindeutigere Kennzeichnungsregeln für Fruchtsäfte</b> .....	12
<p>Vorgeschlagene Änderungen der Kennzeichnungsregeln für Fruchtsäfte werden von den Abgeordneten am Dienstag diskutiert und am Mittwoch verabschiedet.</p>	
<b>Reinigungsmittel künftig nahezu phosphatfrei</b> .....	13
<p>Eine Gesetzesvorlage mit strengen Grenzwerten soll Waschpulver in der EU in Zukunft nahezu phosphatfrei machen, sollten Parlament und Rat sie unterstützen. Folgen die Abgeordneten einer Empfehlung des Umweltausschusses bei der Plenarabstimmung am Mittwoch, so wären auch in Geschirrspülmitteln nur kleinste Phosphatmengen erlaubt.</p>	
<b>10 Jahre EU-Antiterror-Politik im Fokus</b> .....	14
<p>Die nach dem 11. September 2001 im Rahmen der Terrorbekämpfung in Europa gesetzten Maßnahmen sollten einer fundierten Evaluierung unterzogen werden, fordern die Abgeordneten in einem am Mittwoch abzustimmenden Resolutionsantrag über Eigenschaften und künftige Herausforderungen im Kampf gegen Terrorismus.</p>	
<b>Haftbedingungen und Rechte von Gefangenen in der EU</b> .....	15
<p>Die sich verschlechternden Haftbedingungen in Gefängnissen von EU-Mitgliedstaaten, Missbrauch der Untersuchungshaft, Überbelegung und die Inhaftierung von Nicht-EU-Bürgern werden am Mittwoch mit dem Rat und der Kommission erörtert. Die Fragen der Abgeordneten werden sich Verbesserungsmöglichkeiten der Haftbedingungen auf EU-Ebene und Wahrung der Grundrechte von Gefangenen beziehen. Am Donnerstag wird das Parlament über eine diesbezügliche Resolution abstimmen.</p>	
<b>EP will Rolle der Europäischen Agentur für Meeressicherheit im Kampf gegen Ölpest stärken</b> .....	16
<p>Die EU sollte Kompetenzen und Mittel der Europäischen Agentur für Meeressicherheit (EMSA) ausweiten, um das Risiko von Ölverschmutzungen durch Schiffe und Bohrinseln zu verringern, meint der EP-Verkehrsausschuss in einem Berichtsentwurf, über den nächste Woche im Plenum abgestimmt wird.</p>	
<b>Nachhaltiges Verkehrssystem: Abgeordnete legen Ziele für 2020 fest</b> .....	17
<p>Die Anzahl der tödlich und schwer Verletzten im Straßenverkehr soll bis 2020 um die Hälfte reduziert, transportbedingter CO<sub>2</sub>-Ausschuss um 20% gegenüber dem Niveau von 1990 gesenkt sowie Gehen, Fahrradfahren und öffentlicher Verkehr in den Städten gefördert werden. Dies sind die Kernziele des Resolutionsentwurfs zum "einheitlichen europäischen Verkehrsraum", der am Donnerstag im Plenum zur Abstimmung kommt.</p>	
<b>Gesundheitsschutz und Sicherheit an Arbeitsplatz verbessern</b> .....	18
<p>Die gesundheitlichen Auswirkungen neuer Technologien, schädlicher Stoffe und von Nanomaterialien sollten in die EU-Strategie zu Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz ab 2013 aufgenommen werden, heisst es in einem am Donnerstag abzustimmenden Resolutionsentwurf.</p>	
<b>Weitere Punkte auf der Tagesordnung:</b> .....	19

# Plenartagung

**Pressedienst (Brüssel) :**

Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009

STR: (+33) 3 881 74151

PORT: (+32) 498 98 13 37

EMAIL: [presse-de@europarl.europa.eu](mailto:presse-de@europarl.europa.eu)

**Pressedienst (Brüssel) :**

Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141

STR: (+33) 3 881 73603

PORT: (+32) 498 98 33 32

EMAIL: [presse-de@europarl.europa.eu](mailto:presse-de@europarl.europa.eu)

**Pressedienst (Berlin) :**

Jens POTTTHARST

STR: (+33) 3 881 64025

PORT: (+49) 151 17 257 196

EMAIL: [jens.pottharst@europarl.europa.eu](mailto:jens.pottharst@europarl.europa.eu)

ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

**Pressediens (Wien) :**

Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646

PORT: (+43) 676 552 5981

EMAIL: [huberta.heinzel@europarl.europa.eu](mailto:huberta.heinzel@europarl.europa.eu)

ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/newsletter>

**Weitere Informationen:**

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroparlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

# Plenartagung

## Abgeordnete bewerten EU-Gipfel und polnische Ratspräsidentschaft

Das Europäische Parlament wird sich in einer Plenardebatte am Dienstag mit dem vom 8. bis 9. Dezember tagenden EU-Gipfel, dessen Schwerpunkt mögliche Lösungen der EU und der Mitgliedstaaten zur Krisenbewältigung ist, beschäftigen. In der Aussprache am Mittwoch soll ein Fazit der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft Polens, die Ende 2011 abläuft, gezogen werden.

*Debatten:*

*Europäischer Rat, Dienstag, 13. Dezember 2011, 9:00 Uhr*

*Polnische Ratspräsidentschaft, Mittwoch, 14. Dezember 2011, 9:00 Uhr*

*Verfahren: Erklärungen der Kommission und des Rates*

# Plenartagung

## Sacharow-Preis 2011 wird Mittwoch an Aktivisten des Arabischen Frühlings vergeben

**Präsident Jerzy Buzek wird den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2011 an fünf Aktivisten des Arabischen Frühlings für ihren Beitrag zu den historischen Veränderungen in der arabischen Welt verleihen. Die Zeremonie findet am Mittwochmittag, 14. Dezember, im Plenum statt.**

Drei der Preisträger werden der Zeremonie beiwohnen: Asmaa Mahfouz (Ägypten), Ahmed El Senussi (Libyen) und Ali Ferzat (Syrien). Mohamed Bouazizi wird posthum ausgezeichnet. Razan Zaitouneh hält sich derzeit in Syrien im Untergrund auf, da sie beschuldigt wird, eine ausländische Spionin zu sein.

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit, benannt nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrei Sacharow, wird seit 1988 jährlich vom Europäischen Parlament an einzelne Personen oder Gruppen verliehen, die einen wichtigen Beitrag im Kampf für Menschenrechte oder Demokratie geleistet haben.

*Preisverleihung: Mittwoch, 14. Dezember 2011, 12 Uhr*

### Weitere Informationen:

- [Webseite des Sacharow-Preises](#)
- [Pressemitteilung über die Bekanntgabe der Gewinner des Sacharow-Preises 2011 \(27-10-2011\)](#)
- [EuroparTV-Videos zum Sacharow-Preis](#)

# Plenartagung

## EU-weiter Schutz für Opfer von Gewalttaten

**Gewaltopfer, die in einem EU-Mitgliedstaat vor ihren Tätern geschützt werden, könnten die gleichen Schutzmaßnahmen auch dann in Anspruch nehmen, wenn sie in einen anderen EU-Staat reisen. Das Parlament stimmt über die neuen Regeln, auf die sich die Parlamentsdelegation bereits mit nationalen Regierungen geeinigt wurde, am Dienstag ab. Demnach wären Opfer auch in anderen EU-Staaten vor geschlechterbezogener Gewalt, Belästigung, Entführung, Stalking oder versuchtem Mord geschützt.**

Durch die Europäische Schutzanordnung könnte jeder, der in einem EU-Staat durch das EU-Strafrecht geschützt wird, ähnlichen Schutz beantragen, wenn er in ein anderes EU-Land reisen oder ziehen würde. Nach der Annahme der neuen Regelung haben die Mitgliedsstaaten drei Jahre Zeit, sie in nationales Recht umzusetzen.

Die Abgeordneten wollten von Beginn an sicherstellen, dass Schutzanordnungsregeln ungeachtet des Geschlechts und für Opfer aller Verbrechen gelten, und nicht nur für Leidtragende geschlechterbezogener Gewalt. Momentan werden die meisten Schutzmaßnahmen weiblichen Opfern geschlechterbezogener Gewalt gewährt.

Die Regeln sollen Opfer und potentielle Opfer vor einer Straftat durch eine andere Person, die in irgendeiner Weise deren Leben, physische, psychische und sexuelle Unversehrtheit bedroht, schützen. Auch deren Würde und persönliche Freiheit würde geschützt. Damit bezieht sich die Europäische Schutzanordnung auch auf Belästigung, Entführung, Stalking oder "andere Formen indirekter Nötigung".

### Täter fernhalten

Eine Europäische Schutzanordnung könnte erteilt werden, wenn der Täter im Ursprungsland von bestimmten Orten verbannt wurde, an denen die geschützte Person lebt bzw. die sie besucht, oder falls Einschränkungen verhängt werden, etwa dass der Täter die geschützte Person nicht treffen oder sich ihr nähern darf.

Eine Pressekonferenz ist am Dienstag um 15h geplant.

*Debatte: Montag 12. Dezember 2011*

*Abstimmung: Dienstag 13. Dezember 2011*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, zweite Lesung (Einigung)*

### Weitere Informationen:

- [Entwurf einer Empfehlung für die zweite Lesung über die Europäische Schutzanordnung](#)
- [Standpunkt des Rates über die Europäische Schutzanordnung \(EN\)](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(05.10.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Carmen ROMERO LÓPEZ \(ALDE, ES\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Teresa JIMÉNEZ-BECERRIL BARRIO \(EVP, ES\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Bürger aus Drittstaaten: klare Rechte und kombinierte Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung

**Bürger aus Drittstaaten, die legal in der EU arbeiten, sollen in Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Sozialversicherung und öffentliche Dienstleistungen vergleichbare Rechte wie EU-Bürger genießen. Dies sieht die neue Gesetzgebung über kombinierte Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen vor, auf die sich Parlament und Rat bereits geeinigt haben und die der Vollversammlung am Dienstag zur Abstimmung vorgelegt wird.**

Das gemeinsame Ansuchen um Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung trägt zum Bürokratieabbau bei, führt zu administrativen Vereinfachungen für Bürger aus Drittstaaten und ergänzt andere Maßnahmen für legale Migranten wie etwa die „Blaue Karte“. Es soll Migration jener Arbeitskräfte erleichtern, die dem europäischen Arbeitsmarkt zugute kommen.

Die neuen Regeln schränken allerdings nicht die Rechte der Mitgliedstaaten ein, selbst zu entscheiden, ob Bürger aus Drittländern einreisen und arbeiten dürfen, aber sie werden fortan binnen vier Monaten zu entscheiden haben, ob sie eine gemeinsame Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung („Single Permit“) erteilen wollen.

Arbeitskräfte, die einen „Single Permit“ erhalten, stehen die gleichen Rechte wie EU-Arbeitnehmern zu. Sie haben Anrecht auf korrekte Arbeitsbedingungen, die Anerkennung von Qualifikationen, dürfen einer Gewerkschaft beitreten und genießen gleiche Rechte in Bezug auf Pensionszahlungen, Sozialversicherung, Arbeitsmarktservice sowie gemeinnützigen Wohnbau. Die EU-Mitgliedstaaten können jedoch spezifische Einschränkungen dieser Rechte verfügen.

### Wer erhält einen „Single Permit“?

Die vereinbarten neuen Regeln gelten für Bürger aus Drittstaaten, die in einem Mitgliedstaat der EU leben und arbeiten wollen oder bereits legal in einem Land der EU wohnen und arbeiten. Es kommt nicht in Anwendung auf Bürger mit langfristigen Aufenthaltsgenehmigungen, Flüchtlinge und entsandte Arbeitskräfte, für die bereits andere Bestimmungen gelten. Nicht betroffen sind zudem saisonale Arbeitskräfte und Angestellte, die in Niederlassungen ihres Unternehmens innerhalb der EU versetzt werden und für die andere Regeln gelten. Au-Pair-Aufenthalte und Matrosen, die unter EU-Flagge eingestellt sind, bleiben von der neuen Gesetzgebung ebenfalls ausgeschlossen.

Die Mitgliedstaaten werden zwei Jahre Zeit haben, um die Richtlinie umzusetzen.

*Debatte: Montag, 12. Dezember 2011*

*Abstimmung: Dienstag 13. Dezember 2011*

*Verfahren: Mitentscheidung, Zweite Lesung*

### Weitere Informationen:

- [Empfehlung für die zweite Lesung über die kombinierte Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung](#)
- [Standpunkt des Rates über die kombinierte Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(05.12.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Véronique MATHIEU \(EVP, FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Schriftliche "Erklärung der Rechte", um faire Strafverfahren in der EU sicherzustellen

**Verdächtige oder Angeklagte in einem Strafverfahren in der EU sollten umgehend und in leicht verständlicher Sprache über ihre Verfahrensrechte informiert werden. Laut Gesetzesentwurf, über den am Donnerstag abgestimmt wird, müsse jede verdächtige Person, die verhaftet oder festgehalten wird, eine schriftliche "Erklärung der Rechte" erhalten.**

Die Abgeordneten fügten dem Text das Recht zu schweigen, das Recht auf dringende medizinische Versorgung und das Recht, Familienmitglieder zu kontaktieren, hinzu.

Der Richtlinienentwurf wurde bereits mit den Regierungen der Mitgliedstaaten abgestimmt und setzt EU-weite Mindeststandards fest, um das Recht auf Belehrung in Strafverfahren zu gewährleisten.

Bürger, die inhaftiert und eines Straftatens angeklagt werden, können zurzeit nicht mit Gewissheit damit rechnen, dass sie überall in der EU angemessen über ihre Rechte informiert werden. In einigen Mitgliedstaaten werden sie mündlich über ihre Verfahrensrechte in Kenntnis gesetzt. In anderen EU-Ländern gibt es Informationen in schriftlicher Form, die aber meist kompliziert abgefasst sind, Fachtermini enthalten und nur auf Verlangen ausgehändigt werden.

Nach der Zustimmung haben die EU-Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in ihre jeweilige nationale Gesetzgebung umzusetzen.

*Debatte: Montag, 12. Dezember 2011*

*Abstimmung: Dienstag, 13. Dezember 2011*

*Verfahren: Mitentscheidung, Erste Lesung (Einigung)*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über das Recht auf Belehrung in Strafverfahren](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(23.11.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Birgit SIPPEL \(S&D, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Präsident Buzek zieht Bilanz seiner Amtszeit

**Jerzy Buzek wird am Donnerstag in einer Plenarrede Bilanz seiner zweieinhalbjährige Präsidentschaft des Europäischen Parlaments ziehen. Buzeks Amtszeit endet am 17. Januar 2012, wenn das Parlament den neuen Präsidenten wählt.**

*Plenarrede: Donnerstag, 15. Dezember 2011, 11:45 Uhr*

*Verfahren: Plenaransprache des EP-Präsidenten*

### Weitere Informationen:

- [Webseite des Präsidenten des Europäischen Parlaments](#)
- [EP 2009-2011 - Rückblick auf entscheidende Gesetzgebungen](#)

# Plenartagung

## Debatte mit Ashton: Sicherheitspolitik, Menschenrechte, Syrien und EU-Russland-Gipfel

**Die Abgeordneten werden am Dienstagnachmittag über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor und auf die Entwicklungen im Bereich Menschenrechte mit der EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton diskutieren. Die Debatte beginnt um 15 Uhr.**

In einer nachfolgenden Debatte wird Ashton Entwicklungen in Verbindung mit Russland nach dem jüngsten EU-Russland-Gipfel und der Situation in Syrien erläutern.

*Debatte: Dienstag, 13. Dezember 2011, 15 Uhr*

*Abstimmung: Donnerstag, 15. Dezember (EU-Russland-Gipfel und Syrien)*

*Verfahren: Stellungnahme der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik mit Debatte; Nichtbindende Resolutionen*

# Plenartagung

## Dreizehn neue Abgeordnete für das EU-Parlament

Am Montag wird Präsident Jerzy Buzek die Ankunft von 13 neuen Abgeordneten aus Österreich, Italien, Malta, Spanien, Schweden, Bulgarien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich mitteilen. Nach einer Entscheidung des Europäischen Rates von Juni 2010 wird das Parlament um insgesamt 18 neue EU-Abgeordnete erweitert. Die verbleibenden fünf werden aufgenommen, sobald die nationalen Regierungen dem Parlament die Namen mitgeteilt haben.

Die 13 neuen Abgeordneten sind:

- Josef Weidenholzer (AT, S&D)
- Svetoslav Hristov Malinov (BG, EVP)
- Vicente Garcés Ramón (ES, S&D)
- Dolores García-Hierro Caraballo (ES, S&D)
- Eva Ortiz Vilella (ES, EVP)
- Salvador Sedo i Alabart (ES, EVP)
- Yves Cochet (FR, VEL/NGL)
- Jean Roatta (FR, EVP)
- Giulio Trematerra (IT, EVP)
- Joseph Cuschieri (MT, S&D)
- Amelia Andersdotter (SE, Grüne/EFA)
- Jens Nilsson (SE, S&D)
- Anthea McIntyre (UK, EKR)

Die restlichen fünf kommen aus Österreich (1), Lettland (1), den Niederlanden (1), Polen (1) und Slowenien (1).

*Ankündigung: Montag, 12. Dezember 2011 zu Beginn der Plenarsitzung*

### Weitere Informationen:

- [Hintergrundinformation zu den neuen Abgeordneten:](#)

# Plenartagung

## Eindeutigere Kennzeichnungsregeln für Fruchtsäfte

**Vorgeschlagene Änderungen der Kennzeichnungsregeln für Fruchtsäfte werden von den Abgeordneten am Dienstag diskutiert und am Mittwoch verabschiedet.**

Unterschieden wird dabei zwischen Fruchtsäften, Nektars und Säften, die aus Konzentrat oder aus verschiedenen Früchten hergestellt werden. Die Abgeordneten wollen klare Bestimmungen, damit Verbraucher beispielsweise auch erkennen können, ob den Getränken Süßstoffe hinzugefügt wurden. Auf diese Änderungen haben sich die Abgeordneten vorläufig in informellen Verhandlungen im Oktober mit dem Rat geeinigt.

*Debatte: Dienstag, 13. Dezember 2011*

*Abstimmung: Mittwoch, 14. Dezember 2011*

*Verfahren: Mitentscheidung, Erste Lesung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über Fruchtsäfte und gleichartige Erzeugnisse](#)
- [Link zum Entwurf des Abkommens](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Andres PERELLO RODRIGUEZ \(S&D, ES\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Reinigungsmittel künftig nahezu phosphatfrei

**Eine Gesetzesvorlage mit strengen Grenzwerten soll Waschpulver in der EU in Zukunft nahezu phosphatfrei machen, sollten Parlament und Rat sie unterstützen. Folgen die Abgeordneten einer Empfehlung des Umweltausschusses bei der Plenarabstimmung am Mittwoch, so wären auch in Geschirrspülmitteln nur kleinste Phosphatmengen erlaubt.**

Phosphate dienen zur wirksamen Reinigung von Kleidern und Geschirr vor allem mit kalkhaltigem Wasser. Einige Mitgliedstaaten, unter anderem auch Deutschland, haben bereits Beschränkungen, insbesondere für Waschmittel, auferlegt. Phosphate in Wasserstraßen können zu übermäßigem Pflanzenwachstum führen und somit zum Ersticken von Fischen und andere Wasserlebewesen. Phosphate aus dem Wasser zu entfernen ist teuer; auch ist dieses Verfahren nicht immer verfügbar.

*Debatte: Dienstag, 13. Dezember 2011*

*Abstimmung: Mittwoch, 14. Dezember 2011*

*Verfahren: Mitentscheidung, Erste Lesung*

*Pressekonferenz: Mittwoch, 14. Dezember 2011, 15 Uhr*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über die Verwendung von Phosphaten in Haushaltswaschmitteln](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Bill NEWTON-DUNN \(ALDE, UK\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## 10 Jahre EU-Antiterror-Politik im Fokus

**Die nach dem 11. September 2001 im Rahmen der Terrorbekämpfung in Europa gesetzten Maßnahmen sollten einer fundierten Evaluierung unterzogen werden, fordern die Abgeordneten in einem am Mittwoch abzustimmenden Resolutionsantrag über Errungenschaften und künftige Herausforderungen im Kampf gegen Terrorismus.**

Der Entschließungsantrag hätte ursprünglich im September verabschiedet werden sollen, die Abstimmung wurde aber aufgrund mangelnder Übereinkunft der politischen Fraktionen verschoben. In Verhandlungen wurde nun ein Kompromisstext erstellt.

In dem von Berichterstatterin Sophia in't Veld (ALDE, NL) vorbereiteten Entschließungsantrag fordern die Abgeordneten die Europäische Kommission auf, Kosten und Wirksamkeit von Maßnahmen zur Terrorbekämpfung eingehend zu überprüfen sowie ihre Auswirkungen auf bürgerliche Freiheiten zu untersuchen.

*Abstimmung: Mittwoch, 14. Dezember 2011*

*Verfahren: Nichtbindende Resolution*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über die Politik der EU zur Terrorismusbekämpfung](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(13.07.2011\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Sophia in't VELD \(ALDE, NL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Haftbedingungen und Rechte von Gefangenen in der EU

**Die sich verschlechternden Haftbedingungen in Gefängnissen von EU-Mitgliedstaaten, Missbrauch der Untersuchungshaft, Überbelegung und die Inhaftierung von Nicht-EU-Bürgern werden am Mittwoch mit dem Rat und der Kommission erörtert. Die Fragen der Abgeordneten werden sich Verbesserungsmöglichkeiten der Haftbedingungen auf EU-Ebene und Wahrung der Grundrechte von Gefangenen beziehen. Am Donnerstag wird das Parlament über eine diesbezügliche Resolution abstimmen.**

Bereits seit einigen Jahren fordert das Parlament EU-weite Mindestnormen in Bezug auf Haftbedingungen und eine gemeinsame einheitliche Regelung der Rechte von Gefangenen.

Im Grünbuch "zur Anwendung der EU-Strafrechtsvorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs" werden die sehr unterschiedlichen und oft besorgniserregenden Verhältnisse in Gefängnissen der Mitgliedstaaten geschildert. Das Grünbuch wurde im Juni - nach wiederholtem Nachfragen - von der Kommission herausgegeben.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat zudem wiederholt bestimmte EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf Haftbedingungen, die Dauer der Untersuchungshaft und Missstände in der Justizverwaltung verurteilt.

### **Grünbuch: Vergleichswerte aus Deutschland und Österreich**

Deutschland liegt mit einer Belegungsrate der Gefängnisse von fast 90 % unter EU-Durchschnitt (107,3 %). Ebenso unter dem EU-Durchschnitt von 24,7 % liegt der Anteil an Untersuchungshäftlingen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Insassen (15,5 %). Leicht über EU-Durchschnitt (20,2 %) liegt in Deutschland der Anteil nicht-nationaler Häftlinge (26,3 %).

Österreich: Mit einer Belegungsrate der Gefängnisse von fast 103 % liegt Österreich ebenfalls noch unter EU-Durchschnitt (107,3 %), ähnlich sieht es bei dem Anteil von Untersuchungshäftlingen aus (23,7 % im Vergleich zu EU-Durchschnitt von 24,7 %). Die Zahl der nicht-nationalen Häftlinge liegt mit einem Anteil von 45,8 % an der Gesamtzahl der Insassen weit über EU-Durchschnitt (20,2 %).

*Debatte: Mittwoch, 14. Dezember 2011*

*Abstimmung: Donnerstag, 15. Dezember 2011*

*Verfahren: Mündliche Anfragen und nichtbindende Resolution*

### **Weitere Informationen:**

- [Mündliche Anfrage der ALDE an den Rat](#)
- [Mündliche Anfrage der ALDE an die Kommission](#)
- [Mündliche Anfrage der VEL/NGL an den Rat](#)
- [Mündliche Anfrage der VEL/NGL an die Kommission](#)
- [Mündliche Anfrage der EVP an den Rat](#)
- [Mündliche Anfrage der EVP an die Kommission](#)
- [Mündliche Anfrage der Grüne/EFA an den Rat](#)
- [Mündliche Anfrage der Grüne/EFA an die Kommission](#)
- [Mündliche Anfrage der S&D an den Rat](#)
- [Mündliche Anfrage der S&D an die Kommission](#)
- [Grünbuch zur Anwendung der EU-Strafjustiz bei Inhaftierung \(oder Festnahme\)](#)

# Plenartagung

## EP will Rolle der Europäischen Agentur für Meeres-sicherheit im Kampf gegen Ölpest stärken

**Die EU sollte Kompetenzen und Mittel der Europäischen Agentur für Meeressicherheit (EMSA) ausweiten, um das Risiko von Ölverschmutzungen durch Schiffe und Bohrin-seln zu verringern, meint der EP-Verkehrsausschuss in einem Berichtsentwurf, über den nächste Woche im Plenum abgestimmt wird.**

Die Übertragung von Inspektions- und Überwachungsaufgaben von nationalen Agenturen auf die gemeinsame EU-Agentur würde zu Kosteneinsparungen führen und die nationalen Haushalte der betroffenen Mitgliedstaaten entlasten. Der vom Hamburger Abgeordneten Knut Fleckenstein (S&D, DE) vorbereitete Bericht empfiehlt, das elektronische EMSA-Sy-tem zur Überwachung des Schiffsverkehrs in Zukunft auch für administrative Zwecke und den Austausch von Schiffs- und Frachtdaten mit nationalen Behörden zu nutzen. Dies wür-de Bürokratie abbauen und die Schaffung des geplanten "Europäischen Seeraums ohne Barrieren" beschleunigen.

*Debatte: Mittwoch, 14. Dezember 2011*

*Abstimmung: Donnerstag, 15. Dezember 2011*

*Verfahren: Mitentscheidung, Erste Lesung*

### Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf über die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Knut FLECKENSTEIN \(S&D, DE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Nachhaltiges Verkehrssystem: Abgeordnete legen Ziele für 2020 fest

Die Anzahl der tödlich und schwer Verletzten im Straßenverkehr soll bis 2020 um die Hälfte reduziert, transportbedingter CO2-Ausschuss um 20% gegenüber dem Niveau von 1990 gesenkt sowie Gehen, Fahrradfahren und öffentlicher Verkehr in den Städten gefördert werden. Dies sind die Kernziele des Resolutionsentwurfs zum "einheitlichen europäischen Verkehrsraum", der am Donnerstag im Plenum zur Abstimmung kommt.

Am Mittwochnachmittag wird es in der Debatte auch um Maßnahmen gehen, die zur besseren Verknüpfung der verschiedenen Beförderungsarten beitragen, um die Anrechnung von Umweltkosten für alle Verkehrsträger und der Zulassung von Transporten mit längeren, schwereren LKWs (25, 25m, 60t) auf bestimmten Strecken.

*Debatte: Mittwoch, 14. Dezember 2011*

*Abstimmung: Donnerstag, 15. Dezember 2011*

*Verfahren: Nichtbindende Resolution*

### Weitere Informationen:

- [Resolutionsentwurf zum "Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum"](#)
- [Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(22.11.2011\) \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Mathieu GROSCH \(EVP, BE\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Gesundheitsschutz und Sicherheit an Arbeitsplatz verbessern

**Die gesundheitlichen Auswirkungen neuer Technologien, schädlicher Stoffe und von Nanomaterialien sollten in die EU-Strategie zu Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz ab 2013 aufgenommen werden, heisst es in einem am Donnerstag abzustimmenden Resolutionsentwurf.**

Dem Text zufolge müssen mögliche Risiken neuer Technologien und schädlicher Stoffe bewertet werden. Regelungen müssen geschaffen werden, die sicherstellen, dass Nanomaterialien durch die gegenwärtige europäische Gesetzgebung zu Sicherheit und Gesundheitsschutz in Arbeitsstätten abgedeckt ist.

Die Abgeordneten betonen zudem, dass Person, die berechtigterweise vor Risiken am Arbeitsplatz warnen, vor jeglichen Druck zu Schweigen geschützt werden sollen. Die Kommission soll daher eine Richtlinie zum Schutz solcher Arbeitnehmer vorschlagen.

*Debatte: Mittwoch, 14. Dezember 2011*

*Abstimmung: Donnerstag, 15. Dezember 2011*

*Verfahren: Nichtbindende Resolution*

### Weitere Informationen:

- [Bericht - Strategie der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2007–2012](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Karima DELLI \(Grüne/EFA, FR\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

# Plenartagung

## Weitere Punkte auf der Tagesordnung:

- Allgemeine Kommission für die Fischerei im Mittelmeer (Di)
- Handels- und Investitionshindernisse (Di)
- Abkommen EU-Uzbekistan (Mi)
- Instrument für Heranführungshilfe (Mi)
- EU-Strategie für Zentralasien (Do)
- Ernennung von Benoît Coeuré als Vorstandsmitglied der EZB (Mi)
- Haushaltskontrolle von EU-Finanzmitteln für Afghanistan (Thu)
- Menschenrechte und Demokratie (Do):
  - a) Aserbaidshan, der Fall Rafiq Tagi
  - b) Die Situation von Frauen in Pakistan und Afghanistan
  - c) Tunesien, der Fall Zacharia Bouguira